

Unabhängige
Zeitung
an der RUB

Nr. 37 • 30. Mai 2000

2313

Zur Kasse!

Überweisungsauftrag an 430 500 01 Sparkasse Bochum  Bitte beachten Sie unsere Informationsbroschüre

Überweisungsauftrag

Empfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen)
Universitätskasse Bochum

Konto-Nr. des Empfängers
1202803

Bankleitzahl
43050001

bei (Kreditinstitut)
Sparkasse Bochum

*Sie zur Einführung des Euro (=EUR) nur DM,
danach DM oder EUR.

DM od. EUR* ☒ DM Betrag
1.206,00

Kunden-Referenznummer - nach Verwendungswort, ggf. Name und Anschrift des Auftraggebers - (nur für Empfänger)
Kd.-Nr.: 108095100025

nach Verwendungswort (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen)
Semesterbeitrag WS 00/01 + Langzeitstrafe

Kontoinhaber: Name/Vorname, Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)
Armer Studi mit zwei Nebenjobs

Konto-Nr. des Kontoinhabers
134342313

20

8.10.2000 Unterschrift

Schreibweise: normal, Schreibweise
Handwritten: Buchstaben in GROSSBUCHSTABEN
und Zahlen in Ziffern schreiben

Studiengebühren stehen vor der Tür

In diesem Heft:

Hochschule Der Akkreditierungsrat akkreditiert

Thema Studiengebühren? Nein danke!

Rezension Michael Jäger, *Probleme der Berliner Republik*

AStA wegen Blödheit abgewählt

Dass Sitzungen eines Studierendenparlamentes nicht unbedingt so langweilig sein müssen, wie es die an der Ruhr-Uni zu sein pflegen, bewies die Fachhochschule Köln letzte Woche.

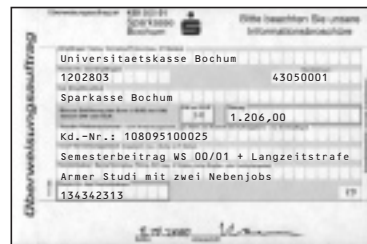
Dort erschien der Großteil der ParlamentarierInnen der den AStA stellenden Listen erst gar nicht zur offiziell einberufenen Sitzung. Die zahlreich anwesenden Oppositionellen der Alternativen Liste und des Konstruktiven Gemischten Bündnisses beschlossen daraufhin kurzerhand, den amtierenden AStA abzuwählen. Auch die Bedingung, die dies nur bei konstruktivem Misstrauensvotum erlaubt, stellte kein Hindernis dar: Man war sich schnell einig, dass Markus Lazer von der Alternativen Liste neuer AStA-Vorsitzender werden sollte. Dass jetzt alles gut wird nach dem bösen „unpolitischen und autoritären AStA“ (so der neue Vorstand über seine VorgängerInnen), ist freilich genauso fraglich, wie es unverständlich ist, dass Markus Lazer von der Alternativen Liste neuer AStA-Vorsitzender werden sollte. Dass jetzt alles gut wird nach dem bösen „unpolitischen und autoritären AStA“ (so der neue Vorstand über seine VorgängerInnen), ist freilich genauso fraglich, wie es unverständlich ist, dass Markus Lazer von der Alternativen Liste neuer AStA-Vorsitzender werden sollte. Dass jetzt alles gut wird nach dem bösen „unpolitischen und autoritären AStA“ (so der neue Vorstand über seine VorgängerInnen), ist freilich genauso fraglich, wie es unverständlich ist, dass Markus Lazer von der Alternativen Liste neuer AStA-Vorsitzender werden sollte.

Atomausstieg, Abschiebungen von AsylbewerberInnen, das Politische Mandat und hatte auch die Teilnahme an der ABS-Demo (s. Seite 5 dieser 2313) beschlossen. Ob da statt inhaltlicher Differenzen nicht vielleicht eher persönliche Gründe den Ausschlag für die Großmäuligkeit gegeben haben?

Expo no!

Am vorigen Samstag gab's zwar noch keine Expo 2000 in Hannover zu begucken, dafür wuselten aber schonmal zwischen sechs- und siebenhundert Leute zum Widerstands-Auftakt auf der Anti-Expo-Demo rum. Trotz einiger organisatorischer Pannen, provozierenden Bullen und eines etwas zu klein dimensionierten Lautsprecherwagens ein alles in allem gar nicht so schlechter Beginn der Anti-Expo-Aktionen. Sogar die am Rande der Demo unter die treuen BürgerInnen gebrachten Anti-Expo-Zeitungen landeten höchstens zur Hälfte gleich im Müll, der Verbleib eines weiteren Viertels ist ungeklärt und das letzte Viertel wurde gar gelesen. Letztendlich eine gute Motivation vor allem für den kommenden Donnerstag der Expo-Eröffnung, die hoffentlich nachhaltig gestört werden wird. Mehr zur Anti-Expo-Aktionswoche unter <http://www.expo-no.de> und unter <http://www.ruhr-uni-bochum.de/lili/links.html>.

Das 2313-Cover



Zu sehen ist ein Überweisungsträger, der uns aus einer vertrauenswürdigen Quelle aus der Zukunft erreichte. Hervorzuheben ist vor allem der Überweisungsbetrag, der sich aus dem üblichen Semesterbeitrag plus den 1.000 Mark Studiengebühr, die nach dem 13. Semester (Regelstudienzeit von neun Semestern zzgl. vier Semester Überschreitung) und der Angleichung der nordrhein-westfälischen Gebührenordnung an die baden-württembergische Regelung fällig geworden sind.

Standesgemäß

Erste Agenturen dürfen siegeln

Die Hoffnungen der KultusministerInnen, gestufte Studiengänge mögen allerorts wie Pilze aus dem Boden schießen, machen deren Akkreditierung (Anerkennung) notwendig. Obwohl niemand weiß, welchen Charakter diese Akkreditierung hat (sie ist unabhängig von staatlicher Genehmigung und soll Empfehlung für BewerberInnen und ArbeitgeberInnen sein), setzte man ein zweistufiges System ein, bestehend aus einem länderübergreifenden Akkreditierungsrat (AkkRat), der seinerseits Agenturen akkreditiert.

Um beste Bedingungen für den gegenseitigen Zerfleischungsprozess der staatlichen Hochschulen beim Buhlen um die Gunst der Wirtschaft zu schaffen, setzte man acht wirtschaftsnahe Professoren, vier „Vertreter der Berufspraxis“, zwei reguläre Landesvertreter und gerade mal zwei studentische VertreterInnen (natürlich bar jeder Legitimation durch die Studierendenschaften) ein und arbeitete gleich an Verfahren der Agenturakkreditierung sowie an Mindeststandards. Ein Mitsprache- oder gar -entscheidungsrecht studentischer VertreterInnen ist dabei nicht vorgesehen. Das Gegenmodell eines studentischen Pools, aus dem sich die Agenturen bedienen, dürfte bei der Zusammensetzung des AkkRats allerdings kaum Chancen auf Verwirklichung haben.

unabhängig?

Derweil sind die ersten beiden Agenturen mit der Akkreditierung von Studiengängen beauftragt worden. Anfang Februar beschied der AkkRat die Bewerbung der ZEVA positiv, der vom Land Niedersachsen aus dem Boden gestampften „Zentralen Evaluationsagentur“, die sukzessive alle bestehenden staatlichen Studiengänge dort unter die Lupe nehmen soll. Die niedersächsische Landesregierung wird so kaum die Wiedergewinnung von Entscheidungsgewalt in der Bildung verfolgen; zumal bereits Zweifel an der Unabhängigkeit der ZEVA-Gutachter aufgekommen sind – so sollte sich der Bereich Anglistik in Oldenburg von einer Professorin begutachten lassen, die dort selbst über zwanzig Jahre gelehrt hatte.

Vielmehr wird dies der Versuch sein, durch Anrufung des Konkurrenzmonsters und mittels autodigestiver Massenevaluation für leichtere Abortion wirtschaftlich uninteressanter Fachbereiche zu sorgen.

wissenschaftlich?

Der zweite erfolgreiche Kandidat ist die bislang ausschließlich bei „Bachelor/Master of Business Administration“-Studiengängen tätige FIBAA, die sich nun allgemein auf B/M-Gänge in den Wirtschaftswissenschaften ausdehnen will. Auf ihrer Homepage ist zu erfahren, wie sie die Interessen der wissenschaftlichen Gemeinde gewichtet: „Sich dem Maßstab der Wissenschaft in Deutschland, Österreich und der Schweiz zu stellen, dokumentiert den generellen Willen zur Qualitätssicherung.“ Ausführlich werden dort weiter die Erwartungen an bewerbende Institute geäußert: „Für die FIBAA stellt sich [...] die Frage, auf welches Fundament sie ihre Qualitätsbewertung stellen kann. Schließlich handelt es sich bei der Qualitätsbewertung von Bildungseinrichtungen um – wissenschaftlich gesprochen – hermeneutische Sachverhalte, bei denen mathematisch-naturwissenschaftliche Messverfahren versagen.“ (Deswegen muss die richtige Antwort auch lauten „auf elitäre Standesvertretung und Privilegtradierung“, Anm. d. A.) Die Unis sollen vorrangig eigene Profilbildung betreiben – die Kosten der Akkreditierung trägt übrigens der Bewerber. Die Anerkennung der FIBAA erfolgte u.a. unter dem Vorbehalt der „Erweiterung der [...] Gremien [...] um wissenschaftliche [sic!] und arbeitsmarktpolitische Kompetenz.“ Wesentliches Gewicht bei den Kriterien der Agenturen werden, wie an der FIBAA deutlich erkennbar, personelle und materielle Ausstattung sowie breite Finanzierung haben. Dies erzeugt mittel- bis kurzfristig massiven Druck auf die im politischen Schrumpfschlauch seit Jahren dörenden staatlichen Hochschulen. So werden, vorgeblich zur Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit, flächendeckende Studiengebühren mittels selbst erzeugter Zwänge politisch notwendig gemacht.

RAΦ – Radikales Autorenkollektiv des Physikumpfes

Inhalt

- Seite 2:** Aktuelles
- Seite 3:** Hochschule: Akkreditierungsrat
- Seiten 4/5:** Thema: Studiengebühren
- Seite 6:** Rezension: *Probleme der Berliner Republik*
- Seite 7:** Kultur: Miss-Giro-Wahl bei der Sparkasse
- Seite 8:** Veranstaltungshinweise

Impressum

2313 wird wöchentlich herausgegeben von den Fachschaften OAW, FFW, SoWi, Bio, TW und Mathe der RUB.
Redaktion: Dominik Bald, Thilo Ernst, Thomas Friedrichsmeier, Christoph Hassel, Hans Martin Krämer, Katrin Meyer, Charlotte Ullrich, Martin Winterhalder
V.i.S.d.P.: Emma L. Sehn, Unistr. 150, 44780 Bochum
Kontakt: c/o FR SoWi, GC 04/150, RUB, 44780 Bochum; Fax: 0234/9705081; E-Mail: 2313@gmx.de
WWW: <http://www.crosswinds.net/~online2313>

Konto überzogen?

Von Studiengebühren, Studienkonten und anderem Unfug

Eine Arbeitsgruppe der Kultusministerkonferenz hat laut dpa in der Nacht zum 25. Mai 2000 einen so genannten Kompromissvorschlag erarbeitet, der die Aushandlung eines Staatsvertrags zwischen den Bundesländern ermöglichen soll. Danach hätten die Länder freie Hand in Sachen Langzeit- und Strafgebühren.

So könnten sie z. B. nach baden-württembergischem Vorbild Studiengebühren bei einer Überschreitung der Regelstudienzeit um vier Semester erheben, wie es auch in Niedersachsen geplant ist, oder das Studienkontenmodell des rheinland-pfälzischen Wissenschaftsministers Zöllner (SPD) anwenden, welches sich auch unter ehemaligen GegnerInnen von Studiengebühren wachsender Beliebtheit erfreut. Das Zöllner-Modell sieht vor, jedem/r Studierenden bei der Einschreibung ein gewisses Kontingent an Semesterwochenstunden auf einem so genannten Studienkonto gutzuschreiben.

Wer sein Guthaben verbraucht hat und dennoch weiter studieren möchte, soll dann von den Ländern zur Kasse gebeten werden. Bei Staatssekretär Wolfgang Lieb klingt das wie folgt: „Das Zöllner-Modell hält grundsätzlich daran fest, dass Studierende einen Anspruch auf ein gebührenfreies Erststudium haben. Ob danach eine Gebühr erhoben wird, liegt im Ermessen der Länder. Es gibt keinen Automatismus.“ (Kölner Stadtanzeiger vom 25. April 2000). Die Gebührenfreiheit des Studiums ist kein

Gnadenakt, sondern Ausdruck dessen, dass Bildung als öffentliches Gut und individueller Rechtsanspruch grundsätzlich allen – ungeachtet sozialer Herkunft und privater Kaufkraft – zugänglich sein muss. Die Behauptung, dieser Anspruch würde durch das Zöllner-Modell garantiert, ist gewagt. Studienkonten, deren ‚Überziehung‘ keinerlei Sanktionen mit sich brächten, wären eine absolut sinnlose Einrichtung. Studienkontenmodelle wie das von Zöllner bedeuten nichts anderes als die Einführung von Studiengebühren unter einer wohlklingenderen Bezeichnung.

umgefallen?

Auch bei den Grünen stößt das Zöllner-Modell nicht gerade auf Ablehnung. Die Hamburger Wissenschaftssenatorin Krista Sager und der bildungspolitische Sprecher der grünen Bundestagsfraktion, Matthias Berninger, haben sich bereits für das Modell ausgesprochen. Der Bundesvorstand lehnt zwar die Einführung von Studiengebühren weiterhin ab, die Einführung von Studienkonten hingegen soll „im Hinblick auf die Einwände gegen Studiengebühren [...] intensiv diskutiert werden“ (Beschluss vom 17. April 2000). Im Rahmen der Bundestagsdebatte über den Entwurf der PDS-Fraktion für ein Gesetz zur Sicherung der Gebührenfreiheit des Hochschulstudiums am 12. Mai 2000 erklärte Berninger: „In Deutschland soll einheitlich gelten: Jeder junge Mensch hat für eine gewisse Zeit ein Recht auf Bildung.“ Somit ist wohl abzusehen, dass die Forderung nach Gebührenfreiheit des Hochschulstudiums im Zuge der immer offener neoliberalen Ausrichtung der Grünen wie so vieles andere der sogenannten Regierungsfähigkeit geopfert werden wird.

bildung als ware

Die Einführung von Studiengebühren ist Ausdruck der Auffassung, Bildung sei kein Rechtsanspruch, sondern eine Ware, für die selbstverständlich bezahlt werden muss. Die Studierenden werden zu KundInnen degradiert,

die bei entsprechender Bezahlung ein entsprechendes Kontingent an Lehrveranstaltungen konsumieren können. Somit leistet die Einführung von Studiengebühren einen wichtigen Beitrag zur Umgestaltung der Hochschulen nach dem Vorbild gewerblicher Unternehmen, wie sie auch durch das neue Hochschulgesetz des Landes NRW vorangetrieben wird. Im Hinblick auf die Markteffizienz erfolgt der Abbau demokratischer Mitbestimmungsmöglichkeiten zu Gunsten von managementartigen Leitungsstrukturen. Studiengebühren sind als Bestandteil neoliberaler Politik zu se-

hen, deren Ziel ist es, gesellschaftliche Aufgaben zu privatisieren – und neben Bildung und Ausbildung auch die Risiken von Beschäftigung, Gesundheit und Altersvorsorge auf die Einzelnen abzuwälzen. In diesen Zusammenhang sollte auch der Protest gegen Studiengebühren eingeordnet werden. Es handelt sich hier weder um Lobbyarbeit für Studierende noch um die Vertretung eines herbeihalluzinierten studentischen Allgemeininteresses. Der Kampf gegen Studiengebühren steht gleichzeitig für vieles andere.

Kerstin Puschke

Für ein gebührenfreies Studium! Für Chancengleichheit in Bildung, Beruf und Gesellschaft!

Im Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) haben sich zahlreiche studentische und nichtstudentische Organisationen und Verbände zusammengeschlossen, um gemeinsam für den Erhalt der bildungs- und sozialpolitischen Errungenschaft eines gebührenfreien Hochschulstudiums einzutreten. Für den 7. Juni 2000 ruft das ABS zu einer bundesweiten Demonstration in Berlin, Köln und Stuttgart auf:

Es geht um die soziale Durchlässigkeit des Bildungssystems. Es geht um seine Verteidigung als öffentlichen Raum. Es geht gegen die Unterordnung von Bildung und Wissen unter eine betriebswirtschaftliche Ideologie.

Wir gehen auf die Straße:

- Für eine bundeseinheitliche Studiengebührenfreiheit ohne Wenn und Aber!
- Für ein öffentliches, durchlässiges und solidarisches Bildungssystem!
- Für einen uneingeschränkten Hochschulzugang!
- Für eine Gleichbehandlung beruflicher und akademischer (Aus)Bildung!

- Für die grundsätzliche individuelle Kostenfreiheit aller weiterführenden Bildungswegen, die dem Erwerb, dem Erhalt und der Erweiterung einer berufsbefähigenden Qualifikation dienen!
- Für die Einbeziehung von zurzeit privat zu finanzierenden Ausbildungswegen in das System dualer Berufsausbildung!

Treffpunkt für die Fahrt zur Demo in Köln ist am 7. Juni 2000 ab 11 Uhr am Bochumer Hauptbahnhof; um 11.26 Uhr fährt der NRW-Express ab Gleis 3.

Weitere Infos zur Demo und zum ABS unter <http://www.studis.de/abs>.



„Preiswerter als Spielzeug. Kinder verwenden während der deutschen Inflation von 1923 Geldbündel als Bausteine.“



Kapital & Angleichung

Michael Jäger über Probleme und Perspektiven der Berliner Republik

Trotz nachhaltiger gesellschaftspolitischer Veränderungen – neue Weltordnung, neue Regierung, neue Währung, neue Hauptstadt – setzen Deutschlands Meinungsmacher auf Kontinuität, wie man an der Diskussion um den Begriff der Berliner Republik sehen kann. Nur wenige benutzen ihn, die meisten nicht ohne hinzuzufügen, es handle sich dabei um einen neuen Namen für einen alten Inhalt.

Groteske Auswüchse bekommt die Diskussion, wenn Linksliberale wie Wolfgang Kraushaar meinen, vor dem Begriff ‚Berliner Republik‘ warnen zu müssen. Schon

die Benutzung des Begriffs sei „ein gefährliches Spiel“, bedeute eine Abwendung von den bewährten liberalen Grundlagen der alten BRD und kehre „zu einem mehr oder weniger unverhohlenen Machtanspruch“ zurück. Solch Tabuisierung ist Michael Jägers Sache nicht: „Warum soll es nun eigentlich den Namen Berliner Republik nicht geben dürfen – und wenn er weiter nichts bedeutet, als dass deutsche Minister in belastete Räume einrücken, ohne in die belastete Zeit zurückzufallen? Freilich bleibt eben dies noch zu prüfen.“

In seinem zum Buch ausgewachsenen Essay lotet der Freitag-Redakteur und wohl originellste politische Kommentator der deutschen Linken die neuen Fahrwasser der deutschen Politik aus. In einer für die Linke erfrischenden Offen-

kommt. Mit Souveränität lässt er jene rechts und links liegen, „die sich unter Auschwitz etwas Ähnliches wie den Kosovo vorstellen“ oder die das Problem mit der Parole „Nie wieder Deutschland“ in, wie er sagt, verständlicher, aber hilfloser und identitätsraubender Weise umgehen. Statt dessen geht es ihm darum, „eine Antwort auf die deutsche Frage [zu] versuchen, die nicht unterstellt, daß Deutschland schon fertig sei.“ Es ist dieser voluntaristische Aspekt, dass „wir frei sind, das uns Richtende zu begreifen, zu kritisieren und zu steuern“, was sein Buch zu einer gelungenen Herausforderung linker Strategiediskussion macht.

nie wieder deutschland

Jäger versteht es dabei, bekannte Tendenzen unter einen neuen phänomenologischen Blick zu nehmen. Mit seiner Analyse von bundesdeutschen Angleichungstendenzen zum Neoliberalismus nicht nur, aber vor allem unter ‚Rot-Grün‘, offenbart er deren Versagen. Ein Versagen, das sehr viel tiefer greift, als die zur Zeit stattfindende Diskussion des Lugs und Betrugs regierender Parteien. Ökologie, um nur einen Punkt herauszugreifen, wird auf die Energiefrage reduziert und mittels Ökosteuer lediglich ein bisschen verteuert. „Ein absurder Gedanke schon in dieser Form, denn wer kann es sich leisten, sparsamer mit dem Auto zur Arbeit zu fahren, wenn andere Verkehrswege nicht vorhanden sind oder nicht ausgebaut und gepflegt werden?“

Gegen das Einfrieren der Ziele in „die langfristigen Produktionsprogramme der Konzerne“ setzt Jäger eine Neudiskussion gesellschaftlicher Ziele und „humanitäre Interventionen in den Konzentrations- und Zentralisationsprozeß des Kapitals“. „Die ökologische Alternative wäre, daß man hauptsächlich fragt, was man tun will und warum man das tut, was man tut.“ Bei der Frage jedoch, wie man tun kann, was man tun will, bleibt Jäger auffallend ungenau. Opposition und Widerstand reduzieren sich bei ihm auf eine neue Art des Widersprechens, auf einen kommunikativen

Akt. Zweifellos ein notwendiger, viel zu unterbelichteter Aspekt. Doch ob er hinreichend ist, bleibt mehr als fraglich.

Jägers Essay hat jedoch neben diesem politischen, noch einen zweiten wesentlichen, einen historischen Strang. Auf diesem begibt er sich auf die Suche nach den Ursachen des spezifisch deutschen Gehorsams, taucht tief ab in die Welt der Mythen und stößt auf „eine Wand des Preußentums“ als spezifisch deutscher Erbschaft. Seine Spurensuche nach ei-

ner besonderen deutschen Verbindung von Endzeit- und Untergangsdanken ist sicherlich von anregender Originalität. Ob sie kritischer Prüfung standhält, wird sich zeigen müssen. Im Ergebnis ist ihm auf jeden Fall zuzustimmen. Nehmen wir das Erbe von Auschwitz an, so kann es nur darin liegen, sich gegen die neoliberalen Angleichungstendenzen als einer unzulässigen Form totalitärer Gleichschaltung zu wenden.

Christoph Jünke

Herrenveranstaltungen

In den letzten Wochen gab es vermehrt Proteste gegen die Miss-Giro-Wahl im Rahmen des Fahrrad-Rennens der Sparkasse Bochum. Der Stadtspiegel sprach von einer großen Chance, die sich seinen Leserinnen jetzt böte, nämlich: „dem erfolgreichen Sportler nicht nur ein Lächeln, sondern auch noch ein Küsschen schenken [...] zu dürfen.“

Die Reduktion von Frauen auf Äußerlichkeiten und die Herausstellung von Männern als Leistungsträger wie die Darstellung der Sparkassenmitarbeiterinnen als schmückendes Beiwerk von Sparkassengiro-Devotionalien, kritisiert die Initiative *Miss-Fallen*.

miss giro

Zwar sind auch die sonstigen Bemühungen der Sparkassen, ihre Gewinne einem „guten Zweck“ zukommen zu lassen, äußerst zweifelhaft (wie etwa die Unterstützung des Mittelschichtsmusikschulkinderwettbewerbs *Jugend musiziert*, fragwürdige Kunst und Rockprojekte etc.), jedoch erstaunt die Dreistigkeit und Unsensibilität schon, mit der eine öffentlich-rechtliche Institution Frauen auf Werbeträgerinnen reduziert. Der vorgebrachten Kritik an den frauenverachtenden Werbemaßnahmen sowie der darauf folgenden Unterschriftenaktionen und Kontokündigungen haben Sparkasse und *Stadtspiegel* bisher wenig entgegen zu setzen. Der *Stadtspiegel* lässt nun eine Frauen-Jury über die glücklichen Gewinnerinnen entscheiden. Und da nun Frauen die Entscheidungskompetenz übertragen wird, kann es sich ja wohl nicht um Sexismus handeln. Zudem von Anfang an feststand, dass die kritischen Stimmen, „[...] die Begeiste-

rung rund um das bedeutsame Radrennen in Bochum nicht trüben“ können, wie der Ausrichter im *Stadtspiegel* vom 27. Mai bekannt.

miss-fallen

Die Internet-Startseite bo-alternativ proklamiert den Erfolg der Initiative *Miss-Fallen*: „Stadtspiegel und Sparkasse rücken von ihren sexistischen Parolen ab“, da nunmehr das sportliche Interesse von „engagierten Damen“ im Mittelpunkt stehe und nicht mehr „lächelnde und küssende hübsche junge Frauen“, deren Aufgabe es ist, „die Siegerehrung des Sparkassen-Radrennens [zu] garnieren“. Es gibt jedoch weder vom *Stadtspiegel* noch von der Sparkasse eine distanzierende Stellungnahme oder auch nur ein Problembewusstsein, dass über die Feststellung: auch Emanzen sind Kundinnen hinaus geht.

Für den Großteil der Bevölkerung, die keine Chance bei einer Bewerbung gehabt hätte (zu alt, zu männlich, zu verheiratet etc.) und sich deshalb in tiefe Sinnkrisen stürzten, richtet die Initiative *Miss-Fallen* nun für die Betroffenen einen Kummerkasten ein. „Hier können alle, die sich für zu dick, zu kleinwüchsig etc. halten, aussprechen. Durch den Austausch der Probleme und Ratschlägen von Außenstehenden hoffen wir, ein bisschen zur Wiederherstellung des Selbstwertgefühls beitragen zu können.“ Für diejenigen, die die Auswahlkriterien nicht in eine tiefe Sinnkrise gestürzt haben oder diese durch ärztliche Hilfe schnell überwinden konnten und nicht davon träumen, „den Sieger des Sparkassengiros mit einem Gratulations-Küsschen zu beglücken“, findet sich auf <http://www.bo-alternativ.de> eine Protest-Unterschriftenliste.

einserische

Michael Jäger
Probleme und Perspektiven
der Berliner Republik

Westfälisches Dampfboot

Michael Jäger
Probleme und Perspektiven
der Berliner Republik.
Münster: Westfälisches
Dampfboot 1999.
184 Seiten, 29,80 Mark.
ISBN 3-89691-598-3

auch erhältlich am

sivität stellt sich Jäger die deutsche Frage, wohl wissend, dass eine solche Diskussion nicht um eine Antwort auf Auschwitz herum-

ÖPNV für lau

Werte Mächtige!

Ich flehe Sie an: Sorgen Sie bitte alsbald für einen ÖPNV, in welchem die Entrichtung von Beförderungsentgeldern keine Notwendigkeit mehr darstellt. Vorbei wären damit die Zeiten, in denen arme SchluckerInnen aus dem Verkehrsmittel geprügelt werden, vergessliche Studis ihr stets vorhandenes Studi-Ticket zur Verkehrsbetriebe-Verwaltung schleppen müssen, nur für den Nachweis, sich eine grotten-schlechte Beförderung nicht ‚erschlichen‘ zu haben (als würde weniger kontrolliert, wenn's im Zug besonders leise ist), und als wäre es nicht Strafe genug, werden dafür auch noch fünf Mark Bearbeitungsgebühr verlangt.

Außerdem würde so für viele viele Menschen, selbst wenn sie sich auf der blöden Seite sozialer Ungleichheit befinden, Mobilität (na ja, sofern beim momentanen Zustand der Busse- und Bahnen-Planung ein solcher Begriff zulässig ist) erfahrbar gemacht. Sollte Ihnen die Abschaffung der Beförderungspreise auf Grund ihrer neoliberalen Gesinnung nicht möglich sein, so entfernen Sie doch zumindest cholerische Kontrolleure unverzüglich aus dem Dienst, die sich ‚verarscht‘ vornehmen, nur weil Wochenendticket-Gruppen nicht vorschriftsgemäß ‚vor Fahrtantritt‘ gebildet wurden, an diversen verschiedenen Bahnhofen immer gleich gelangweilte Bullen rufen und deren Kollegen bei einer erneuten Kontrolle feststellen müssen, dass viel mehr Beförderung bezahlt als wirklich genutzt wurde. Des weiteren wäre der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens enorm geholfen, wenn Sie in der Lage wäre, die Nachlösungsmodalitäten innerhalb, außerhalb und zwischen verschiedenen Verkehrsverbünden und -mitteln deutlich und für Fahrgäste, SchwarzfahrerInnen, Deutsche-Bahn-Kontrolleure, ZugbegleiterInnen, Bahn-Azubis, Bahnpolizei und BGS nachvollziehbar zu formulieren.



Dienstag 30. Mai

19h, GA 04/711, Ruhr-Uni Bochum

Antisemitismus und Volksgemeinschaft – Zur Pathologie kapitalistischer Krisenbewältigung

Der Vortrag versucht eine Heranführung an eine angemessene Bewertung der Konzepte Volksgemeinschaft und Antisemitismus, an deren inneren Zusammenhang selbst und mit der Pathologie kapitalistischer Gesellschaft.

Eine Veranstaltung der Linken Liste mit Fabian Kettner.

Freitag, 2. Juni

10h, Aachen, rund um Dom und Rathaus

Der Preis ist scheiß – der Tag wird heiß!

Am 2. Juni findet in Aachen die Verleihung des internationalen Karlspreises der Stadt Aachen statt. Zur Verleihung kommen wie jedes Jahr ca. 1.000 geladene Gäste, d.h. alle widerwärtigen Bonzen, die ihr euch vorstellen könnt, inkl. zahlreicher Staatschefs und MinisterInnen. Der Preis wird an Bill Clinton verliehen für seine Bombardierung Jugoslawiens und seine vorbildliche Weltwirtschafts- und Sozialpolitik. Die Laudatio hält sein kleiner Bruder Schröder. Die *Begegnung 2. Juni* wird mit kreativen Aktionen (moderner Widerstand im 21. Jahrhundert) die Verleihung des Karlspreises verhindern. Schröder und Clinton werden sich davon nicht so schnell erholen. Alle nötigen Infos gibt es im Internet unter http://www.nadir.org/nadir/initiativ/rotes_buero oder im Roten Büro Aachen.

2. Juni bis 4. Juni

kill the nation with a groove!

Linkes Spektakel in Wuppertal

Gegen die Normalität der herrschenden Zustände treten JungdemokratInnen/Junge Linke ein für eine emanzipatorische Politik!

Infos: <http://spektakel.ist-super.de>

Montag, 5. Juni

19h, VHS Bochum, Raum 1026, Willy-Brandt-Platz 2–6

Hitlers Banker – Ein braunes Band der Sympathie

Zwei Filme zur Rolle der Banken in der NS-Zeit.

Eine Veranstaltung im Rahmen der Initiative 8. Mai (<http://www.bo-alternativ.de/achtermai>).

19h30, Bf. Langendreer, Raum 6 (Wallbaumweg 108, BO)

Ein Albtraum vom Fliegen – Zur Kampagne gegen die Lufthansa-Abschiebungen

40.000 Abschiebungen im Jahr 1998 – so lautet die Erfolgsbilanz des Bundesgrenzschutzes. Damit hält Deutschland einen traurigen Europarekord und festigt seine Vorreiterrolle in der europäischen Abschiebepolitik. Mit ihren zahlreichen Direktverbindungen in nahezu alle Regionen der Welt kommt der Lufthansa im Abschiebengeschäft eine große Bedeutung zu. Deshalb startete „kein mensch ist illegal“ eine internationale Kampagne mit dem Ziel, Lufthansa dazu zu bewegen, auf das Geschäft mit den Abschiebungen zu verzichten. EinE VertreterIn von „kein mensch ist illegal“ berichtet vom Stand der Kampagne.

Weitere Termine aktuell auf ...

<http://www.bo-alternativ.de>